

HAMBURG-MALER-ANZEIGER

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 40

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis RM. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Verlag: Hamburg 25,
Klostergäßchen 1. Ferienf. 5, 6346.

Hamburg, den 5. Oktober 1918

Anzeigen kosten die flächengleiche Non-
parelle-Zeile oder deren Raum 50 Pfpg. (Der
Betrag ist nets vorher einzuzahlen).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfpg. die Zeile.

32. Jahrg.

Politik und Wirtschaft.

Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse eines Landes stehen in einer ununterbrochenen Wechselwirkung, sie beeinflussen sich gegenseitig, und die Entwicklung des öffentlichen Lebens sowie die Gesamtlage eines Volkes oder eines Volksteiles werden im wesentlichen durch diese Verhältnisse bestimmt. Gesunde wirtschaftliche Zustände haben gewöhnlich auch gute politische Zustände im Gefolge und umgekehrt eben schlechte politische Zustände auch auf die wirtschaftlichen Zustände einen ungünstigen Einfluss aus. Wirtschaftliche und politische Macht ist voneinander un trennbar, und bislang hat es sich noch immer gezeigt, daß die wirtschaftlich starken Volkschichten auch die politische Macht im Besitz haben und die Staatsgewalt ihren Zwecken dienstbar machen, während die wirtschaftlich Schwachen in einem Volke auch politisch rechtslos sind. Wollen diese Schwachen zur Gleichberechtigung emporsteigen, so dürfen sie sich nicht mit politischen Rechten abspeisen lassen; denn diese schwelen so lange in der Luft, bis sie durch eine wirtschaftliche Grundlage gestützt werden. Aus diesem Grunde ist der Befreiungskampf des Proletariats nicht lediglich ein politischer Kampf, sondern auch ein wirtschaftlicher, wobei sich ganz von selbst ergibt, daß bald die eine, bald die andere Seite in den Vordergrund tritt. Hier ist jede Einseitigkeit vom Uebel; der Kampf um größere politische Rechte muß ebenso kraftvoll geführt werden wie der um größere wirtschaftliche Macht. Es wäre ein Un ding, wirtschaftliche Organisationen (Gewerkschaften und Genossenschaften) durch innere Zwietracht zu schwächen, indem man die Arbeiter mit neuen Rechten ausstatten (Auf hebung des § 188 der Gewerbeordnung und Errichtung von Arbeitskammern), von denen sie rücksichtslos Gebrauch machen zum Schaden des Unternehmertums.

In der gegenwärtigen Kriegszeit und auch in der künftigen Friedenszeit wird die Politik mehr als jemals in den Dienst unseres wirtschaftlichen Lebens gestellt werden. Der moderne Staat beschäftigt sich unter dem Zwange der Not mit allen möglichen wirtschaftlichen Angelegenheiten, und die Staatsmaschinerie ist in hohem Maße auf die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens eingestellt. Trotz aller Gegenwirkungen "tribalkapitalistisch interessierter und individualistisch gerichteter" Kreise schreitet die Entwicklung unseres Staateswesens zu einem Wirtschaftsstaat unauf haltsam fort, weil das hochgeschraubte Bedürfnis nach Einnahme nicht mehr auf dem Steuerwege allein befriedigt werden kann, sondern auf umfangreiche Ueberschüsse aus wirtschaftlichen Unternehmungen angewiesen ist. Dabei kommt es natürlich sehr darauf an, daß unser Staat stark genug ist, um diese Gegenbestrebungen unwirksam zu machen. Auch in bezug auf unsere soziale, geistige und kulturelle Entwicklung spricht die Politik mit. Je stärker der kapitalistische Einfluß in unserem Staateswesen zum Ausdruck gelangt, desto ungünstiger ist es für die Zukunft unseres Volkes, und umgekehrt, je mehr sich der Sozialismus durchzusetzen vermugt, desto größer sind die Vorteile für unser Vaterland. Es ist deshalb eindrücklich, daß Kapitalismus und Sozialismus, die sich scheinbar nur auf wirtschaftlichem Gebiete belämpfen, auch auf politischem Ge biete am den Vorhang ringen.

Zum Glück für unser Volk haben sozialistische Gedankengänge immer größeren Einfluß auf unsern Staat und seine Organe gewonnen. Der Kapitalismus mit seiner Organisationslosigkeit, seiner Erwerbsagier und seiner Selbstsucht hat die Welt an den Rand des Verderbens gebracht, und die Menschheit mußte, um sich zu retten und die Gesellschaft vor dem Zusammenbruch zu bewahren, zum Sozialismus ihre Zuflucht nehmen. Unter den aller schwierigsten Verhältnissen, von denen die meisten Menschen keine Ahnung haben, haben es die sozialistischen Maßnahmen möglich gemacht, die Unterschichten vor dem Hungertode und vor den schlimmsten Auswüchsen der kapitalistischen Habgier zu schützen. Das wollen die Lobredner der Ausbeutungsfreiheit natürlich nicht anerkennen, und deshalb laufen sie Sturm gegen den Sozialismus und gegen die Arbeiterklasse als die Trägerin der sozialistischen Ge-

bundenheit. Vor allen Dingen gaben sie darüber, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften viel zu viel Einfluß hätten auf unser Staateswesen, und darum suchen sie diesen Einfluß zurückzudringen und sich selbst an dessen Stelle zu setzen. „Die Arbeitgeber“ so kann man immer von neuem in der kapitalistischen Presse lesen, „die die Hauptträger und die verantwortungsbewußten Führer des Wirtschaftslebens sein sollen und als solche sich auch aufs bestrebt hätten und bewährt haben, sehen sich von einer weit gehenden und wirklichen Einflussnahme auf den Gang der Politik, auf die politischen Zustände überhaupt, so gut wie ganz ausgeschlossen. Es gibt in Deutschland eine Arbeiterpartei, aber keine Arbeitgeberpartei — der eine Satz sagt alles.“ Dann wird darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeberenschaft Deutschlands in seinem deutschen Parlamente über eine Körperschaft zur Vertretung ihrer besonderen Interessen verfüge, während die Arbeiter nicht nur in jedem Parlamente eine körperschaftliche Vertretung besäßen, sondern auch in den bürgerlichen Parteien zusehends an Einfluß gewonnen. Die Arbeiterwähler spielen eben eine große Rolle bei der Größe und der Zusammensetzung der Reichstags- und der Landtagsfraktionen, weshalb man auf die Arbeiterforderungen Rücksicht zu nehmen gezwungen sei. Und das werde nach dem Kriege noch schlimmer werden, wenn das Unternehmertum nicht rechtzeitig vorbeuge, indem es seinen verloren gegangenen Einfluß wiederzugewinnen sucht. Es müsse zu unholzbaren Zuständen führen, wenn man den Arbeitgebern fortwährend neue und größere Pflichten auferlege und sie in ihren Rechten verkürze, während man die Arbeiter mit neuen Rechten ausstatte (Aufhebung des § 188 der Gewerbeordnung und Errichtung von Arbeitskammern), von denen sie rücksichtslos Gebrauch machen zum Schaden des Unternehmertums.

Das Gesamnter der Scharfsucher über mangelnden politischen Einfluß in den Parlamenten ist natürlich die reine Deuchsel; denn die Herren wissen ganz genau, daß nicht nur sämtliche bürgerlichen Parteien, sondern auch die Regierungen kapitalistische Interessen vertreten und sich nur schwer dazu entschließen, den Arbeitern Entgegenkommen zu zeigen. Jumexhin freut uns das Zugeständnis, daß auch der wirtschaftliche und politische Einfluß des Proletariats bei uns in Deutschland ständig im Wachsen ist. Das ist unbestreitbar ein Erfolg der proletarischen Organisationen und eine Wirkung des Handarbeitens der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Beider ist diese Einigkeit nunmehr in die Brüche gegangen, und der Bruderkampf wird mit großer Erbitterung geführt. Dass dadurch nicht nur die wirtschaftliche Macht, sondern auch der politische Einfluß des Proletariats ganz ungeheuer geschwächt werden muß, leuchtet jedem vernünftigen Menschen ohne weiteres ein, nur die Kampfhähne und Streitmacher wollen dies nicht einsehen. Der Zustand, wie er sich innerhalb der klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft im Laufe des Krieges heraufgestellt hat, gewährt trübe Aussichten in die Zukunft. In der künftigen Friedenszeit kommt es vor allen Dingen darauf an, daß eine vernünftige Politik und eine vernünftige Wirtschaft Hand in Hand gehen, und um dies zu erreichen, bedarf es einer einheitlichen, geschlossenen Arbeiterbewegung. Die große Masse des Volkes hat viel zu schwere Kämpfe zu führen um ein menschenwürdiges Dasein und um die Gleichberechtigung, als daß sie sich den Zugs einer gegenseitigen Verfleischung und einer inneren Selbstschwäche erlauben könnte.

Auf dem Wege zur Gesundung des Malergewerbes.

Der ungeheure Weltkrieg, dieser große Revolutionär, scheint auch in unsern Maler- und Anstreicher gewerbe Umwälzungen von weittragender Bedeutung herbeizuführen zu wollen; dafür sprechen viele Anzeichen. Wurden während des Krieges alle bisherigen Preiskalkulationen über den Haufen geworfen, ein erheblicher Teil Arbeitgelegenheit (besonders soweit die Lederfarbe in Frage kommt) aus unserm Gewerbe ausgeschaltet und eine Materialsteuerung und Steigerung der sonstigen Produktionskosten herbeiführt, die man vor dem Kriege für unmöglich gehalten

hätte, so bereiten sich auch in vielen andern Fragen Tendenzen vor, die, wenn sie von den maßgebenden Faktoren durchgesetzt und energisch verfolgt werden, unserm Berufe zum Vorteil gereichen können.

Wir haben zu den Bestrebungen, die infolge des Krieges in unserem Gewerbe in Aktion kamen, schon vielfach Stellung genommen und werden dies auch noch recht häufig tun müssen, bevor eine Klärung eingetreten und überall das erforderliche Interesse geweckt ist. Die Grundfrage hierbei ist, wie kann der Maler- und Anstreicherberuf wirtschaftlich und fachtechnisch existenzfähig erhalten und weiterentwickelt werden. Wie dieser an sich so wichtigen Angelegenheit hat man sich bisher in unsern Berufskreisen viel zu wenig beschäftigt. Man nahm es als ganz selbstverständlich hin, daß vor allem die berufliche Grundlage für das Malergewerbe gegeben sei und daß voraussichtlich alles so bleiben werde, wie es nun gerade ist. Unsere Organisation darf es sich anrechnen, daß sie schon lange vor dem Kriege als Mahner in Sachen der Berufserhaltung und -belebung aufgetreten ist. Wenn man immer und immer wieder in der Unternehmerpresse nur den Kampf mit der Gehilfenorganisation auf der Lagesordnung fand, dagegen aber recht selten einschneidende Berufsfragen gründlich behandelte, und wenn man ferner die Praxis der Meister-, Gehilfen- und Lehrzeit betrachtete, so mußte man sich sagen, daß ein Gewerbe, das sich nicht mehr um seine wichtigsten Lebensfragen kümmert, kaum vorwärts kommen kann. In dem Beispiel anderer Berufe gemessen, wurde in unsern Gewerbe in dieser Hinsicht leider recht viel veräumt. Das fachtechnische Wissen und die heutige Ausbildung standen kaum mehr auf ihrer Höhe. Dazu kamen äußere Umstände, die unser Malergewerbe von Jahr zu Jahr weiter herunterdrückten. Es sollen heute diese Fragen nicht eingehend erörtert werden, sondern nur auf die arbeitsverträgliche Bewegung für unsern Beruf hingewiesen werden, die durch die bis vor kurzem wieder recht häufige Verwendung von Holzverkleidungen, von Tonplatten, Linoleum, Glasplatten und anderes mehr erreicht wurden. Wir haben vor Jahren schon auseinandergesetzt, welche Folgen für uns daraus entstehen müssen, und die Meinung vertreten, daß unsere Arbeitgeber hätten rechtzeitig bemüht sein müssen, einen Teil dieser Arbeiten durch bestimmte Maschinen in den Beruf zu überführen oder neuen Methoden Eingang zu verschaffen.

Es zeigten sich allerdings kurze Zeit vor dem Kriege praktische Versuche, daß immer mehr heruntergekommene Gewerbe wieder zu leben. Es soll hier nur auf die Ausstellungen bemalter Wohnräume hingewiesen werden, durch die dem Publikum gezeigt wurde, daß das Malergewerbe sehr wohl in der Lage ist, erfolgreich als Kunsthandwerk zu wirken.

Durch den Krieg hat sich nun eine gewaltige Umwälzung vollzogen, und wenn wir die Sache nun einmal vom Standpunkt unseres Gewerbes aus betrachten, schließlich nicht zu seinem Schaden. Zunächst einmal sind viele Arbeiten zurückgestellt worden, die nach dem Kriege unbedingt ausgeführt werden müssen; davon soll aber hier nicht gesprochen werden, sondern davon, daß sich die Lage für den Beruf verbessert hat dadurch, daß die Verwendung von Holz, Platten, Glas, Linoleum, Linerust, Papier usw. in der ersten Zeit nach dem Kriege und voraussichtlich auch noch viele Jahre nach Friedensschluß ziemlich ausgeschlossen sein wird.

Die zukünftigen Holzpreise werden es unmöglich machen, daß man bald wieder zu erschwinglichen Preisen fournierte Möbel in Eiche, Nussbaum, Mahagoni usw. herstellen kann; auch für Wandverkleidungen wird das teure astfreie, vielfach ausländische Holz keine Verwendung mehr finden. Hier wird sich der Maler wieder erfolgreich mit seiner Nachahmung von Holz aller Art einstellen können, und wenn unsere Meister die Zeit einigermaßen verstehen, werden sie entsprechend nachwirken, daß es geschehen kann. Ebenso liegt es mit dem Ansehen von Steinzeug, Ton, Porzellan, Glasplatten, mit dem Marmor und andern gerade vor dem Kriege trock ihrer großen kostspieligkeit viel verwendeten Materialien. Für alle diese Rohstoffe wird der Preis zunächst aus naheliegenden Gründen zu hoch sein, daß an Wanddekorationen hieraus vorerst nur ausnahmsweise gedacht werden kann. Hier kann der Maler ebenfalls Erfolg bieten. Das gleiche trifft für Linoleum zu, für das die Fabrikationsbedingungen vorerst ebenfalls recht ungünstig liegen. Noch schwieriger steht es für die Tapetenfabriken. Die Papierpreise haben eine außerordentliche Höhe erreicht, was bei der vielseitigen Benutzung, die jetzt der Papierstoff findet, zu verstehen ist. Diese Entwicklung für die Verwendung von Papier zu allen möglichen Zwecken ist indes noch lange nicht abgeschlossen, sie wird noch andauern und deshalb das Papier für Tapeten zu billigen Preisen lange nicht mehr in Frage kommen. Aber gerade hier, zur Belebung der Wandflächen, wird der Maler seine Kunst zur An-

wendung bringen können, ohne insbesondere mit gewissen ästhetischen Grundsätzen in Konflikt zu kommen, die man bei Anwendung von Imitationen von Holz, Marmor, Gewebe usw. aufstellt. Hier handelt es sich gewissermaßen um eine seiner Domänen. Wir sehen also, daß für die Lage unseres Berufes die äußeren Bedingungen nach dem Kriege außerordentlich günstig sind, es wird nur daran liegen, diese Situation auszunutzen. Was den einfluß hat, ist den anderen ein Nachteil. Bedeutet der Krieg für das eine Gewerbe den Abstieg, so kann er für ein anderes wieder den Aufstieg zu neuem Leben bringen. Die Zukunftslage könnte uns allerdings freudiger stimmen, wenn ja wenn uns die Materialfrage nicht hemmend im Wege stände. Allgemein hört man, Arbeitsgelegenheit wird mehr als genug vorhanden sein, aber an Material wird es mangeln. Deshalb wollen wir auch zu dieser Frage einige Worte sagen.

Man müßte hier eigentlich mit einer recht herben Kritik einsetzen, und wir haben uns auch in dieser Kritik sehr oft schon ausgesprochen, daß in Bezug auf die Materialversorgung unseres Gewerbes recht unliebsame Zustände eingerissen waren. In der sogenannten guten, alten Zeit braute sich jeder Meister seinen Lack selbst zu reich, er bleichte sein Öl, mahlte seine Farben; aber der Fortschritt machte es bequemer, der Farbenfabrikant lieferte das Material fertig. Zuerst mit den gebräuchlichen Mitteln aubereitet, fand die "Fabrikation" aber bald, daß sich auch andere, besonders billigere Bestandteile mit verwenden ließen, und so wurden die Mischungen immer "bunter", bis schließlich niemand mehr wußte, was eigentlich als Leinöl, als Lack oder Bleiweiß verkaufte wurde. So, der Schwindel nahm solche Dimensionen an, daß man sich endlich, wenn auch reichlich spät, in Arbeitgeberkreisen dazu entschloß, Materialprüfungsstellen ins Leben zu rufen, um die Produkte auf ihren inneren Wert zu untersuchen. In letzter Zeit fanden noch Verhandlungen über den Della-tionszwang statt, das heißt darüber, daß dem Material eine Erklärung beigegeben werden soll, woraus die Zusammenziehung ersichtlich ist. Auch die Leidensgeschichte des bekannten Farbenbuches gehört hier berührt zu werden. Durch den Krieg sind diese läblichen Ausfälle zu wichtigen Reformen gründlicherweise wieder über den Haufen geworfen worden; es haben vielmehr ungähnliche Erfahrungen, aus deren Zusammenziehung kein Mensch klug wird, Aufnahme gefunden, die viele schlimme Erfahrungen brachten und manchen finanziellen Verlust verschuldeten. So ist es denn erfärlieh, daß in allen Berufsfreien der Ruf laut wird, diese Erklärmittel einer ernsten Prüfung auf ihre praktische Verwendbarkeit zu unterwerfen. Dabei darf aber keineswegs das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden; denn zweifellos wird auch unter diesen Erklärmitteln manches sein, das wert ist, im Berufe Aufnahme zu finden, ja das vielleicht besser ist als manches frühere Produkt. Wir müssen zugeben, daß die Fortschritte und Verbesserungen, die unsere Materialverwendung im Vergleich zu andern Gewerben im Laufe der Zeit gemacht hat, sehr gering waren. Es gibt wohl nur wenige Berufe, die so andauernd bei ihren alten Grundmaterialien geblieben sind, wie das Malergewerbe; man war hier nun einmal der Ansicht, daß es außer Kalk, Leim, Öl und Terpentin keinen vollwertigen Erfolg geben könne. Alle technischen Fortschritte, die gerade auf chemischem Gebiete in den letzten Jahrzehnten gemacht wurden, sind vorübergegangen, ohne für das Malergewerbe einen größeren Erfolg zu bringen. Und kam etwas Neues auf den Markt, so wurde ihm mit tiefem Misstrauen begegnet. Blicken wir zurück auf die letzten 20 Jahre, so ist es höchstens der Giebelstein, der sich einen größeren Eingang gesichert hat. Dabei muß doch gesagt werden, daß die seit langen Jahren in Entwicklung befindlichen Materialien durchaus nicht vollwertig waren und man glauben möchte, daß im Beruf schon immer das Bestreben nach besserem Material hätte vorhanden sein müssen. Wer kennt nicht die Unzuträglichkeiten, die bei der Verarbeitung der Kalk- und Leimfarbe hervortreten? Und doch wurde dafür nicht viel Besseres gefunden. Das mag mit daran liegen, daß das Produkt billig sein muß und deshalb die

Chemiker nicht zu Versuchen reizt; es mag aber auch schuld haben, daß sich niemand ernstlich der Lösung dieser wichtigen Berufsaufgabe hingab. Zeit ist der Stein durch längere Anlässe ins Rollen gekommen, deshalb wollen wir hoffen, daß es vielleicht bei einer ernsten Prüfung gelingt, Besseres in die Praxis des Malerberufes aufzunehmen. Sollte unter dem vielen Erfolg, der jetzt angeboten wird, ein Produkt herauszustellen sein, das auf Wänden und Holz nicht wisch und etwas witterbeständig ist, dabei zu niedrigem Preise im Auslande hergestellt werden kann, so wäre der Berufsentwicklung fast keine Grenze mehr gesetzt.

Die Sache ist also schon wert, daß sich alle Faktoren des Berufes zur Lösung dieser wichtigen Frage, ja man möchte sagen, der Zukunftfrage des ganzen Berufes, zusammenfinden, um unter Hinzuziehung tüchtiger Chemiker und unternehmungslustiger Fabrikanten der Lösung des Problems näherzutreten. Was nicht es, wenn ein einzelner ein gutes Produkt findet und nun allmählich versucht, es unter allerhand Aufwand auf dem Markt durchzusetzen. Das dauert viel zu lange. Hier sei nur an die vielen Jahre, die die Einführung des Giebelsteins gebraucht hat, erinnert, an die großen Mühen, die sich Mahler mit seinem Kunden (sicherlich auch eine gute Sache), gegeben hat, oder auf Jäger mit seinem Grundlerv erfahren hingewiesen. Bei dieser Gelegenheit zeigen sich übrigens, die Mängel der rein privaten Betriebsaufstellung.

Soll dem Berufe geholfen werden, besonders geholfen werden in der zu erwartenden guten Konjunktur nach Friedensschluß, so muß rasch gehandelt werden, alle Korporationen des Berufes und alle tüchtigen Fachleute müssen unter Hinzuziehung des persönlichen Gewinnes zusammengreifen, um, so weit es möglich ist, mit den gegebenen und erreichbaren Mitteln, oder, falls sich unter den Erfabprodukten brauchbare finden, mit diesen neue und bessere Arbeitsmethoden anzustreben. Hier eröffnet sich insbesondere den beiderseitigen Organisationen unseres Berufes die Möglichkeit, zu nützlicher Tätigkeit zusammenzustehen.

Die Tiefbau-Berufsgenossenschaft im Jahre 1917.

Wie schon im Jahre 1916, so hat sich die wirtschaftliche Gebundung des Tiefbaugewerbes auch im Jahre 1917 fortgesetzt. „Das interessante Kapitel des Berichts“, so wird hierüber von der Berufsgenossenschaft gesagt, „ist in diesem Jahre das Ansteigen der Jahreslohnsumme. Nach den im Laufe des Jahres gemachten Beobachtungen, den Betriebs- und Unfallanmeldungen stand fest, daß eine erhebliche Zunahme der Tiefbaubetriebe an Zahl und Umfang im Jahre 1917 nicht stattfinden würde. Das Anwachsen der Lohnsumme ist demnach in der Hauptsache auf das Steigen der Arbeitslöhne zurückzuführen. Daß dieses Steigen aber in so gewaltigem Maße eintrete[n] und unsere Lohnsumme um mehr als 50 v. Bt. in die Höhe gehen würde, hätten wir nicht erwartet.“ Gegen rund 188 Millionen im Jahre 1916 sind für 1917 über 285 Millionen Mark Löhne nachgewiesen. Damit hat die Lohnsumme eine Höhe erreicht, die hinter der Höchststelle von 300 Millionen Mark im Jahre 1918 nur noch wenig zurückbleibt. Diese Erhöhung der Lohnsumme war für die Unternehmer sehr wertvoll; denn dadurch war es möglich, die Umlagebeträge um 15 v. Bt. zu ermäßigen. Im übrigen aber erlauben wir uns, bescheiden daran zu erinnern, daß mit dem Steigen der Lohnsummen im Jahre 1916 und 1917 auch der Unternehmerprofit augenommen hat, was im Bericht der Berufsgenossenschaft schamhaft verschwiegen wird.

Von erheblichem Einfluß auf die Höhe der Lohnsummen waren auch für 1917 wieder die Arbeiten in den besetzten Gebieten. Die nachgewiesenen Löhne betrugen in Frankreich rund 37 Millionen Mark, in Belgien 19 Millionen Mark und im Russland 4 Millionen Mark; zusammen 60 Millionen Mark. Insgesamt waren 1917 24 936 Bau-

arbeiter angemeldet, die zusammen 182 248 Vollarbeiter ergeben. Der Jahresdurchschnittslohn eines Vollarbeiters betrug 1916 M. 1644 und 1917 M. 2219, bei den Gemeindebetrieben bzw. 1916 M. 1256 und 1917 M. 1618. Demnach betrug die Lohnzunahme für 1917 gegen 1916 bei den gewerblichen Betrieben M. 578 = 38,50 v. Bt. und bei den Gemeindebetrieben M. 280 = 20,70 v. Bt. Daraus ergibt sich, daß bei der heutigen Haufkraft des Gelbes die Jahreslohnbeiträge der Tiefbauarbeiter in gar keinem Verhältnis zu den wirtschaftlichen Lebensmittelpreisen und dem ganzen Lebenshaushalt des Arbeiters stehen. Am weiteren wird man auch zugeben müssen, daß diese Zölle als eine genügende Gegenstellung für die nicht unbeträchtlichen Gefahren- und Unfallschäden begiebungswise Gesundheitsgefährdungen bei den Tiefbauarbeiten nicht angesetzt werden können.

Im engeren Zusammenhang mit den der Berufsgenossenschaft zugehörigen Arbeiten in den besetzten Gebieten steht die Tätigkeit der Bürokratie im Auslande. Durch die Verordnung des Bundesrats vom 24. Februar 1917 sind bekanntlich alle Tätigkeiten im überländischen Dienstleistung, die den Reichsgefechtlichen Vorschriften über Unfallversicherung deshalb nicht unterliegen, weil sie im Auslande ausgeführt werden und nicht als unselbständige Betriebseinheiten (Ausstrahlung) eines künftigen Betriebes anzusehen sind, der Unfallversicherung unterstellt werden. Der Versicherungsträger hierfür ist das Reich. Welche Versicherungsbeträge hierbei für die Unternehmer im Betrieb kommen, darüber wird wenig gesagt. Durch Bekanntmachung des Reichslands am 19. Januar 1918 ist der Vorstand der Tiefbau-Berufsgenossenschaft als Ausführungsbehörde für diese Versicherung bestimmt. Die Berufsgenossenschaft berichtet, daß der allgemeine Mangel an Bürokratien nicht ausgeschlossen hat, modurch manche Arbeit liegen bleiben müsse. Selbst Kriegsgefangene standen nur in beschränktem Maße und in unzureichender Zahlung zur Verfügung. Unter dem gleichen Nebel hat auch die Versicherung der Berufsgenossenschaft zu leiden gehabt. Wenn auch einzelne ältere Beamte aus dem Felde zurückgekehrt sind, so stehen doch heute noch über 90 von 160 der Angestellten im Heeresdienst; 17 sind im Soupe des Krieges gefallen.

Die Übersicht über die Betriebe zur Wahrnehmung des Arbeiterverschaffes ist durch die Heeresleibverfassungen und verschließende Unterlassungen schwer bestimmbar worden. Im Jahre 1917 hatte die Berufsgenossenschaft neuen technische Aufsichtsbeamte (1916 elf), von denen vier zum Heeresleibverfassung eingeschlossen waren. Die verbliebenen fünf Aufsichtsbeamten haben während des Berichtsjahres die Bezirke ihrer eingezogenen Kollegen mit beaufsichtigten müssen. Ist schon der Umfang der Aufsichtsbefreiung bei der Tiefbau-Berufsgenossenschaft viel zu groß, so ist an und für sich die Zahl dieser Aufsichtsbeamten viel zu gering, um hier eine nachhaltige Tätigkeit ausüben zu können. Zu allem kommen nun noch die Heeresleibverfassungen. So wurden dann im Jahre 1917 von 4263 lizenzierten Betrieben bei 2840 „prüfungsbefürwortigen“ Betrieben 8031 berufstechnische Besichtigungen vorgenommen, insgesamt 882 Prüfungsbefreiungen gebraucht wurden. Für diese Betriebsüberwachung sind rund M. 95 880 ausgegeben worden. Die Folgen von solchen Unterlassungen oder Halbheiten kommen immer in den Unfallzahlen zum Ausdruck. Die Gesamtzahl der gemeldeten Unfälle der Berufsgenossenschaft mit der Zweiggenossenschaft beträgt für 1917 12 153, wobei 1798 mit 814 tödlich verletzten entzündigt werden mußten. Die nicht unbeträchtliche Summe der Unfälle zeigen die Verhältniszahlen. Auf 1000 Vollarbeiter kamen gemeldete Unfälle 91,90 (1916 86,04), entzündliche Unfälle 18,58 (1916 12,89) und tödlich verletzte 2,87 (1916 1,62). Unter den erstmalig entzündeten Unfällen befinden sich 287 Ausländer. Mit der Summe der weiblichen Arbeitskräfte und der schullosen Zustände bei den Betrieben ist notwendig auch eine Vermehrung der Unfälle der weiblichen Personen eingetreten. Im Jahre 1917 waren 171 weibliche Arbeiter zu entzünden (1916 95); das sind

Rohstoffersatzausstellung für das Maler- und Lackierergewerbe.

Die Ende August dieses Jahres zum erstenmal mit der Herbstmesse verbundene Ausstellung in Leipzig hatte wohl in erster Linie bezweckt, zu zeigen, was gegenwärtig an Ersatzstoffen und Mitteln vorhanden ist, um das zu erledigen, was uns infolge des Krieges an bisher gebräuchlich gewesenen Materialien der verschiedensten Art fehlt. Für das Maler- und Lackierergewerbe ist aber mit einer bloßen Schaustellung der Erzeugnisse der Fabrikanten wenig gewonnen, wenn nicht auch gezeigt wird, welche Anstrich- und Lackierarbeiten mit dem jetzigen Material an Oel-, Lack-, Terpentinöl usw. noch auszuführen sind. Für unser Gewerbe kommt vor allem die praktische Verwendbarkeit der Kriegserststoffe in Frage; die schönsten Phantasiezeichnungen können nichts nützen, wenn das betreffende Material spekulativ auf den Markt geworfen wird und die Käufer, wie so oft wieder einmal hereingefallen sind. Datum ist die Anregung des Vorstandes des Württembergischen Malerhauses, Ernst Fuchs in Stuttgart, in den Mitteilungen vom Württemberger Malerbund, durch Ausstellung in der Rundschau zu zeigen, was das Malergewerbe mit den heutigen Ersatzmitteln noch herstellen kann, recht zeitgemäß und wird sicherlich in allen Kreisen unseres Gewerbes Zustimmung finden. Herr Fuchs schreibt darüber:

„Es ist immerhin schon eine geradum Zeit vergangen; seit wir genötigt sind, wenigstens teilweise Ersatzmaterialien zu bearbeiten. Eine ganze Anzahl Kollegen wird bis jetzt die Unmöglichkeit gehabt haben und noch länger haben, mit reine Materialien verschaffen zu können. Immerhin werden diese in der Minderheit sein; dauert aber der Krieg noch länger, werden sich alle Kollegen mit Ersatzmitteln zu beschließen haben.“

Letzteres hat bei der Bearbeitung uns schon viel Kopfschmerzen und Sorge gemacht und jeder wird sein Lehrgeld bezahlen müssen. Wenn auch das Ersatzmaterial sich nicht für alle Anträge eignet — so insbesondere für weiße — so ist es doch möglich, im Innern mindestens teilweise zufriedenstellende Resultate zu erzielen. Man muß jetzt eben

seinen Geschmack auf das Mögliche beschränken und besondere Wünsche für später zurückstellen.

Ich bin der Überzeugung, daß viele Fabrikanten und fast alle Händler eben Waren auf den Markt bringen, nur um Geld zu verdienen; welchen reellen Wert diese haben, oder ob sie überhaupt, ohne Gefahr zu laufen, daß eine mit ihnen hergestellte Arbeit auch nur einigermaßen dem Gewollten entspricht, verkannt werden können, spielt gegenwärtig eine kleinere Rolle. Dieses Abstreifen jedes Verantwortungsgefühls, nur das Materielle im Auge, ist ein unhaltbarer, ja trostloser Zustand.

Der Maler muß jetzt, was früher der Chemiker in der Fabrik gemacht hat, selbst arbeiten, er muß jede einzelne Sendung von Material neu ausprobieren, um zu sehen, ob es noch die alte Beschaffenheit hat. Diese Verantwortung muß mehr und mehr dem Fabrikanten zugeschoben werden; denn es verstößt doch gegen die guten Sitten, wenn der eine nur Geld verdient und der andere nur Verantwortungen hat.

Deshalb ist es nach meiner Meinung nötig, wieder etwas mehr Sicherheit in die neue Arbeitsweise zu bringen. Es sollten die gemachten Erfahrungen zwischen Hersteller und Verbraucher ausgetauscht werden, damit die Gesamtheit und unsere Rundschau Nutzen daraus ziehen können. Besonders sollte unserer Rundschau zur Belebung des Geschäftsganges, was so außerordentlich wichtig wäre, gezeigt werden, was wir heute alles zu machen imstande sind. Dies ist nur möglich durch Ausstellungen, welchen der Fabrikant, der Händler und der Malermeister ihre Interessen widmen. Selbstverständlich dürfen nur Arbeiten, welche mit Ersatzmitteln hergestellt sind, zur Ausstellung kommen.“

Völlig einverstanden mit dem Vorschlag erklärt sich als erster hierzu Herr Hansen, Hamburg, in der „Allgemeinen Malerzeitung“. Die dringende Notwendigkeit einer derartigen Veranstaltung liege vor, seien doch zahlreiche brauchbare und verworfene Ersatzfindungen gemacht worden. Hier einmal eine geläuterte und gesonderte Uebersicht über Gut und Böse zu machen, könne dem ganzen Gewerbe nur nützlich sein. Der Nutzen werde auch kein augenscheinlicher sein, da wir bestimmt damit zu rechnen hätten, daß das Malergewerbe noch lange nach dem Kriege

mit Ersatz arbeiten müsse. Die ehemals großen Vorräte an Oelen und Lacken im feindlichen Auslande wie in den neutralen Ländern seien seit langer Zeit bereits geschwunden. In den skandinavischen Ländern gebe es kein Leinöl und kein Leinölsäure für das Malerarbeiten mehr. In Norwegen sei das Anstreichen mit Leinöl und Firnis gänzlich verboten. In Dänemark helfe man sich mit Ersatz und einem beschränkten Posten Sojabohnenöl, das von der Regierung an die Malermeisterverbände in Verantwortung gegeben ist. In Schweden sei es noch ärger. Das holländische Malerarbeiten ersuche die Regierung ein um das andere Mal, doch wieder eine beschränkte Menge Leinöl freigeben zu wollen. Die Schweiz erhalte mit großer Glaubwürdigkeit Englands und Frankreichs gelegentlich einen Posten Leinöl auf seine Gefahr aus Südamerika. Der Schweizerische Malermeisterverband dürfe dann an seine Mitglieder sparsam verteilen. Das technologische Institut in Kopenhagen sei in Gemeinschaft mit den dänischen Malermeistern eifrig bemüht, Ersatzstoffe zu finden und fundene auf Brauchbarkeit zu prüfen. So also überall und selbst im Oellande Nordamerika sei es um nichts besser. Zu diesem Mangel im Auslande stehen natürlich auch die Kreise im Auslande in entsprechendem Verhältnis. Demnach seien für uns in Deutschland die Aussichten auf Oelbindemittel auch nach dem Friedensschluß noch lange recht trüb. Müßten wir uns also mit Erfahren behelfen, so sei ein innigeres Vertrautsein damit unabdingtes Erfordernis für jeden Berufsangehörigen. Alles Wissen und alle Erfahrung auf diesem Gebiete lasse sich aber der Gesamtheit nur einigermaßen nahebringen auf dem Wege einer umfassenden Ausstellung. Herr Hansen hält es zum Schluss für dankenswert, wenn recht bald eine Rohstoffersatzausstellung für unser Gewerbe in einer mitteldeutschen Stadt unter Führung des Hauptverbandes entstehen würde.

In der „Westdeutschen Malerzeitung“ nimmt ein Mitarbeiter ebenfalls Stellung zu der Frage; auch er hält es für begründetswert, wenn die Anregung des Herrn Fuchs allgemeine Zustimmung im Gewerbe findet. Die Durchführung einer Ausstellung mit Hilfe von Ersatzprodukten würde zweifellos für das gesamte Malergewerbe von Nutzen sein.

14 p.ß. sämtlicher entschädigter Unfallverletzten. Von den Jugendlichen, unter 18 Jahren alten Personen wurden 76 männliche und 12 weibliche entschädigt, gegen 75 bei- stehungsweise 8 im Vorjahr. Von der Gesamtzahl der Unfälle sind aus Belgien 818, aus Frankreich 871 und aus Russland 187, insgesamt 1866 Unfälle gemeldet worden, von denen 59 tödlich verliefen.

Zu das Jahr 1917 ist auch von einigen Massenunfällen zu berichten. Durch unvorsichtiges Umgehen mit Sprungstoff wurden in einer Schießbude, in der der Tagesbedarf unverbraucht war, mehrere heftige Explosionsen verursacht, durch die zwei Arbeiter getötet, einer lebensgefährlich und drei leichter verletzt wurden. Der gleichzeitig verursachte Sachschaden übersteigt M. 100 000. Beim Aufstellen eines Holzgerüstes fiel durch beständigen Windstoß ein Teil des Gerüstes um. Durch die herabfallenden Gerüstholzer wurden fünf Arbeiter zum Teil schwer verletzt. Während des Hochziehens von Säulen für die Dachbinden an einem Arbeitsplatzgerüst stürzte dieses zusammen, riss eine 10 m hohe Mauer um und begrub zwölf Arbeiter unter sich. Bei Betriebsvorstrebungen in einem Tunnel ersticken durch giftige Gase, die sich aus dem der Lokomotive entzündenden Qualem, der nicht abziehen konnte, entweder hatten, sieben Arbeiter und zwei Soldaten.

Durch die Betriebsbeschäftigungen im Jahre 1917 sind 747 Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt; davon seien einige hier wiedergegeben: Fehlen der Unfallverhütungsvorschriften bei der Baustelle in 216 Fällen; Betriebsgerüste nicht in brauchbarem, keine Gefahr bietendem Zustande in 71 Fällen; keine Schutzbereitstellungen an Maschinenstellen und gefährdenden Arbeitsstellen in 80 Fällen; Fehlen von Leibern im Stohgräben und von Ankeren und Spreizen, auf denen Materialien liegen, in 80 Fällen; Bestellen und Abspringen von Wagen während der Fahrt in 29 Fällen; zu steile und überhängende Wände beim Abbau in 86 Fällen; ungenügende Aussichtungen von Stohgräben, Fehlen von Erkundbohlen in 57 Fällen; keine sicherer Zugänge zu den Arbeitsstellen, Fehlen von Schutzbüchern in Schächten und Stellungsanrichtungen bei Wasserbauten in 22 Fällen usw. Wegen derartiger Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften war die Berufsgenossenschaft genötigt, in 25 Fällen gegen Unternehmen Geldstrafen von M. 5 bis M. 150 zu verhängen. Jeder Arbeitnehmer ist im Geschäftsjahr kein Steuerzahler geworden.

Innenhalb der letzten zwei Jahrzehnte, vom Beginn 1898 bis Ende 1917, ist bei der Eisenbahn-Berufsgenossenschaft die Zahl der Unfälle annähernd um das Doppelte gestiegen. Die Zahl der gemeldeten Unfälle auf 1000 Lollarbeiter betrug im Jahre 1898 46,28, 1907 69,62, 1913 90,02 und 1917 91,90. Entgegen aller Fortschritte der Technik haben auch die entschädigten Unfälle, eine Folge der schweren Verlebungen, bei allen Schwankungen doch wieder eine beträchtliche Steigerung aufzuweisen. Gleichzeitig unheimlich geht sich die Zunahme der tödlich verletzten: sie betrug 1898 1,05, 1907 1,08, 1913 1,17 und 1917 2,87. „Immer höher steigt die Nutz!“

Um Entschädigungen (Mieten usw.) wurden für das Jahr 1917 M. 8 684 710 bezahlt. Seit dem Beispiel der reichsgerichtlichen Unfallversicherung hat die Eisenbahn-Berufsgenossenschaft bis Ende 1917 insgesamt M. 66 842 882 an Entschädigungen ausgegeben. Dazu kommen noch die nicht unbeträchtlichen Verwaltungskosten und die ungewöhnlichen Belastungen der Bomberkassen, der Einzelabtriebs- und Hinterbliebenenversicherung. Unterständlich ist es deshalb, warum in den Berichten der Berufsgenossenschaft die Unternehmer immer wieder wegen der Schutzunterlassungen entlastigt werden. Auch in dem Bericht für 1917 wird wieder gefragt: „Den Unternehmern war es trotz des vorhandenen guten Willens oft nicht möglich, den Ansprüchen der Unfallverhütungsvorschriften im allen Punkten gerecht zu werden.“ Nun soll uns doch endlich mal mit solchen Nebensätzen vom Beispiel bleiben. Für die Unternehmer ist der „gute“ batenlose Willen immer von momentellem Vorteil. Aber für die Arbeiter ist es jedenfalls besser, wenn die Berufsgenossenschaft für praktisch anwendbare Schutzbücher und eine wirkliche Überwachung der Betriebe sorgt. Wenn durch den Krieg die vorhandenen technischen Ressourcen nicht genügen, warum stellt man keine Arbeiterkontrolle ein, die auch im den intelligenten Kreisen der Eisenbahnarbeiter, bei den Maurern, bei den Zimmerern zu finden sind? — Warum? . . .

Der Entwurf der neuen Unfallverhütungsvorschriften — beschlossen in der Genossenschaftsversammlung am 17. Juni 1918 — ist vom Reichsversicherungsamt am 11. März 1918 genehmigt worden und am 1. Juli dieses Jahres in Kraft getreten. G. Heinle.

steuer und Warenumsatzsteuer, sogar ausdrücklich abgeweckt werden sollen. Ein industrielles Ausblühen Deutschlands nach dem Kriege ist nur bei Wiederaufnahme des Exportes möglich. Zum Export aber gehören konkurrenzfähige Preise. Daher lädt sich die Preissteigerung der Erzeugnisse nicht ins Unendliche fortsetzen. Ein weites Feld für eine Betätigung in solcher Richtung bietet nach seiner Meinung nun die bisher völlig organisationslose Verarbeitung von Rohstoffen und Rohmaterial durch die Industrie.

Als Direktor der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau A.-G. kennt Peiser die Anforderungen des Geschäfts sicherlich. Den Einwand, daß seine Vorschläge theoretisch einleuchtend, aber nur der Unkenntnis geschäftlicher Praxis entspringen, wird man gegen ihn also kaum erheben können. Zur Errichtung der von ihm aufgestellten Ziele empfiehlt er den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Industrie zu Einkaufs- und später zu Produktionsgemeinschaften. Betrachtet man zunächst den Handel, der von der Industrie lebt, so zeigt sich, wie Peiser hervorhebt, daß, je weiter man, von den Großbetrieben anfangend, der mittleren und kleinen Industrie sich nähert, desto größer auch die Anzahl derjenigen Betriebsmaterialien und Rohstoffe wird, bei deren Beschaffung das Einzelunternehmen auf den Handel angewiesen ist. Je umfassender andererseits das Industrieunternehmen, desto vielseitiger wiederum sind seine Bedürfnisse. Fast man beispielweise die Maschinenindustrie ins Auge, so braucht man nur an die Menge der als Unstoffmaterialien bekannten Waren zu denken, wie: Leile, Zette, Chemikalien, Treibstoffe, Vorstoffswaren, Transportgeräte, Wäsche, Papier, Drucksachen usw. usw., um zu erkennen, welchen Verbrauchsfaktor eine auch nur örtlich ausgedehnte Industrie darstellt. Im Anschluß hieran ist das weitere Gebiet zu betrachten, bei dem die entwickelten Firmen unter Ausschaltung des Händlers direkt vom Erzeuger kaufen oder teilweise bereits eigene Fabrikation ausüben, wie: Schrauben, Nieten, Stahl, Werkzeuge, Werkzeugmaschinen; und schließlich das große Gebiet des Rohmaterials der Bleche, Stabeisen, Form-eisen, Mohre, Rohreisen, Rols, Kohlen usw.

Angenommen, sagt er auf weiteren Begründung, einige führende Firmen der Metallindustrie Groß-Berlins oder eines andern industriellen Zentums schließen sich in einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zusammen und erwerben zunächst eine Eisen- und Werkzeuggroßhandlung, die in gleicher Weise wie bisher völlig selbstständig weitergeführt wird. Der Anreiz, bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu laufen, soll darin liegen, daß, wie bei Konsumgenossenschaften, der verteilbare Gewinn der Gesellschaft mit beschränkter Haftung am Jahresabschluß nach dem Prozentsatz der Einkäufe, also nicht nach dem Prozentsatz des investierten Kapitals, verteilt wird. Erweist sich die Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf dieser Grundlage als lebensfähig, so wird darangegangen, eine Händlerfirma auf andern Gebiete, beispielsweise eine Chemikaliengroßhandlung, aufzulaufen und deren Geschäfte dann auf gleicher Grundlage in Angliederung an die Gesellschaft mit beschränkter Haftung weiterzuführen. Am Anschluß hieran wird nun der wichtigste Schritt getan. Es wird Industriefirmen anschmiegt, als Genosschafter der Gesellschaft mit beschränkter Haftung beizutreten. In gleicher Weise wäre dann ein Gebiet nach dem andern, das vorläufig dem Handel überlassen ist, zu erschließen. Über auch auf den Gebieten, wo die Industrie bisher direkt vom Erzeuger zu laufen gewohnt ist, kann die Gesellschaft mit beschränkter Haftung tätig sein. In diesem Falle tritt sie den Erzeugern als Einkaufsgenossenschaft gegenüber mit dem sich aus der Geschlossenheit ergebenden überragenden Bedarf und vermittelt gegen eine kleine Einkaufsprovision die Einkäufe zu besonders günstigen Preisen. Aus dem großen, gleichmäßigen Bedarf ergibt sich weiter die Möglichkeit, kleinere Fabriken zu erwerben und zu betreiben.

Oft schon ist an dieser Stelle vorauf hingewiesen worden, daß zum Beispiel in der Schwerindustrie und in einigen andern Zweigen der Großindustrie alle Voraussetzungen für die Zusammenfassung der Kräfte und die Nationalisierung der Produktion in sich gegeben sind und tatsächlich zweckbewußt durchgeführt werden, teils durch den hohen Stand der Vertrustung, zum andern Teil durch die besondere Art der von den Industrien geschaffenen Organisationen. Die großen Voraussetzungen aber den mittleren und kleineren Industrien, und alle Versuche, auf die Beseitigung dieser Mängel hinzuwirken, durch Finanzgriffnahmen gemeinschaftlicher Politik, stoßen auf den Widerstand der Großindustrie. Für dieses Verhalten läßt sich nur die Erklärung finden, daß die Großindustrie aus einer planmäßigen organisatorischen Arbeit dieser Art für ihre eigenen Unternehmungen eine Stärkung der Bewegung befürwortet, die zum mindesten eine staatliche Kontrolle der Geschäftsführung ihrer Unternehmungskomplexe und Organisationen verlangt.

Ist der Gedanke, daß auf wirtschaftlichem Gebiet nur im Zusammenschluß die wirtschaftlichen Kräfte freizumachen sind, auch Allgemeingut geworden, so bedeutet das aber nicht, wie Peiser zum Schluss seiner Arbeit betont, daß man die letzte Firma gegen ihren Willen in Berufsverbände zwingen und so den Wirtschaftsprozeß durch mechanisch-horizontale Gliederung in eine immer größere Anzahl von Einzelprozessen zerreißen muß, sondern es gilt, unter Beibehaltung größtmöglicher Selbstständigkeit der Einzelunternehmer, den Zusammenschluß auf den Gebieten herbeizuführen, wo das gemeinsame Interesse die natürliche Grundlage bildet. Dem Abnehmer gegenüber und für manche andere Arbeitsgebiete erfüllt diesen Zweck in verschiedener Weise der Berufsverband, der aus unserm Wirtschaftsleben daher nicht mehr verschwinden wird. Für die vor uns liegende, im Augenblick wichtigste Aufgabe einer Verbilligung der Gestaltungskosten und einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit der bearbeitenden Industrie scheinen aber Einkaufs- und Produktionsgenossenschaften der richtige und notwendige Schritt zu sein.

Als Vorzug seines Planes glaubt der Verfasser es bezeichnen zu können, daß es zur Errichtung von Genossenschaften keiner behördlichen Regelung, keiner staatlichen Hilfe und keines Staatszwanges bedarf. Die Genossenschaft auf vorstehender Grundlage erhält sich jüng. im Gegensatz zu den schwärmäßig arbeitenden staatlichen Kartellen, denn sie muss leistungsfähig bleiben, sonst verflümmert sie. Ihre Struktur entspricht der vorgeschrittenen

industriellen Wirtschaftsstufe, auf der sich Deutschland befindet, sie ist, mit der für eine sparsame Produktion unbedingt notwendigen Ausschaltung aller entbehrlichen Zwischenstufen und Verplättungen, eine folgerichtige Ergänzung der bisherigen Entwicklung von Betriebsindustrien und Kartellen.

Ohne Zweifel ist der Gedanke einer Anwendung des Genossenschaftsprinzips bei der Politik der Sammlung, die alle Zweige unseres Wirtschaftslebens aus Selbstbehaltungspflicht nach dem Kriege werden betätigen müssen, außerordentlich sympathisch und fruchtbringend. Aber nach dem Wunsch und Entwurf des Direktors Peiser wird für die Industrie nur eine Vereinfachung des Bezuges von Rohstoffen und andern Materialien bewirkt, eine Verbilligung durch Ausschaltung überflüssiger Zwischenhändler beim Einkauf herbeigeführt. Das kann und wird in vielen Fällen sehr wertvoll sein, aber die Frage der Produktion selbst bleibt völlig unberührt, der Herstellungskosten als die Hauptquelle für eine Verbilligung der Gestaltungskosten würde dabei nach wie vor der Nationalisierung entbehren. Die Hauptache fehlt also. Hier gilt es einzusehen, und auf der Basis, die Peiser empfiehlt, weiterzubauen.

Julius Malist.

Gewerkschaftliches:

Der Verband der Holz- und Maschinisten beruft eine außerordentliche Generalversammlung zum 15. Januar nach Hannover ein. Auf der Tagesordnung stehen ausschließlich Verbands- und Verwaltungsangelegenheiten.

Der Verband der Handlungsgesellen wird seinen zehnten Verbandstag am 21. Januar abhalten. Außer Verbandsangelegenheiten stehen ein Referat über „Die Frauenarbeit im Handlungsgewerbe“ von Margarete Schuer und ein Referat über „Die Lohnfrage und die Neuordnung des Arbeitsrechtes der Handlungsgesellen“ von Paul Lange auf der Tagesordnung.

240 000 Mark Lohnnachzahlung haben die Textilarbeiterorganisationen (der freie und der christliche Verband) für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Baumwollwebereien in der Oberlausitz erwirkt. Die Arbeiter der genannten Industrie waren mit ihren Löhnen seit langer Zeit unzufrieden. Auf Drängen der Arbeiterorganisationen kam es mit einer Reihe von Firmen zu Verhandlungen in der Lohnfrage. Es handelte sich um Heeresarbeiten, für die gewisse Mindestlöhne beansprucht worden waren, und es machte große Schwierigkeiten, dem einzigen Weber die in 15 Monaten von ihm auf mehreren Stühlen gewebten Meter zu berechnen und danach festzustellen, was er an Lohn zu wenig erhalten habe, zumal verschiedene Artikel zu verzeichnen waren, auf die infolge schlechten Materials schon Abzug gewährt worden war und die von einer Nachzahlung ausgeschlossen werden sollten. Die daran beteiligten Weber waren also von der Lohnherabsetzung und der Lohnnachzahlung ausgeschlossen gewesen, wenn nicht eine andere Regelung getroffen worden wäre. Diese Regelung besteht darin, daß den Webern pro Woche M. 2, den anderen Arbeitern M. 1,50, den Jugendlichen M. 1 gewährt wird. Im ganzen werden etwa M. 240 000 nachzuzahlen sein, die in den Taschen der Unternehmer geblieben wären, wenn keine Organisationen vorhanden gewesen wären, die sich der Sache angenommen hätten.

Die Notlage der Lehrlinge, eine Frage der Übergangsordnung. Mit diesem Thema beschäftigte sich das Leipziger Gewerkschaftsrat in seiner letzten Versammlung. Nach einem Vortrage von Lüttich wurde folgender Beschluß gefasst:

„Das Gewerkschaftsrat lenkt die Aufmerksamkeit aller berentigen, die zum Schluß, zur Erziehung und zur Ausbildung der Jugendlichen berufen sind, vor allem aber der Behörden auf die ganz unzulässigen Zustände im Lehrlingswesen.“

Die Ausbildung vieler Lehrlinge ist während der Kriegszeit völlig ungenügend gewesen, und die Entlohnung steht häufig in gar keinem Verhältnis zu den Leistungen des Lehrlings sowohl als zu dem, was der Lebensunterhalt erfordert.

Die noch in verschiedenen Berufen übliche Abforderung von Lehrgeld ist unzeitgemäß; denn sie hindert befähigte Jugendliche, sich einem ihnen geeigneten Berufe zuzuwenden.

Eine Verkürzung der jetzt oft unnötig langen Lehrzeit würde bei sachgemäßer Ausbildung des Lehrlings dazu beitragen, recht bald einen tüchtigen gewerblichen Nachwuchs zu sichern, deren Gewerbe und Industrie nach dem Kriege dringend bedürfen.

Schließlich ist mit Beschleunigung eine allgemeine Regelung der Frage der Beendigung des Lehrverhältnisses herbeizuführen bei solchen Personen, die infolge ihrer Einberufung zum Militär die Lehrzeit unterbrechen müssen.

Eine anderweitige gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens unter Wahrung sozialer Grundsätze und unter Berücksichtigung der veränderten Beziehungen ist dringend geboten. Schon jetzt aber ist eine härtere behördliche Überwachung des Lehrlingswesens und omöliche Einwirkung auf die Handwerkmeister in der Richtung nötig, daß eine volle berufliche Ausbildung gestattet, eine zeitgemäße Entlohnung gewährleistet und mit unzweckmäßigen und veralteten Anschauungen aufgeräumt wird.“

Der Philographenverband im Jahre 1917. Durch die Wirkungen des Krieges hat dieser Verband von alien graphischen Gewerkschaftsorganisationen am allermeisten zu leiden gehabt. Schon in Friedenszeiten war es nicht leicht, den Verband aufrechtzuerhalten; durch den Krieg ist es ganz unmöglich geworden. Die Beitragszahlung hat ganz aufgehört; auch die Rechte der Mitglieder ruhen. Das Erscheinen der Verbandszeitung mußte seit Ausbruch des Krieges eingestellt werden, wodurch der Zusammenhalt der Mitglieder ein immer loserer wurde. Durch die zahlreichen Einberufungen zum Heeresdienst gibt es in den einzelnen Filialen des Reiches nur noch ganz vereinzelt Mitglieder. Und dies sind meist ältere Berufsunfähige, die zum großen Teile im Beruf nicht mehr tätig sind. Als Holzschnieder sind im ganzen Reich nur in Berlin noch ein kleiner Teil

Wirtschaftliche Rundschau.

Im Septemberheft der „Preußischen Jahrbücher“ wirft der Direktor der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau A.-G., Herbert Peiser, die Frage auf, ob der Zusammenschluß gleichartiger Gewerbe zu Verbänden und Kartellen, der bereits vor dem Kriege unserm Wirtschaftsleben sein Gepräge gab und im Kriege schnelle Fortschritte gemacht hat, durch gradlinige Verlängerung des bisher gewordenen den Problemen gerecht werden kann, denen wir uns beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft gegenüber befinden. Es gelangt zu einer Verneinung. Kartelle und Organisationen ähnlicher Art werden bestehen bleiben, meint er, aber sie sind Kinder einer vergangenen Wirtschaftsperiode und in ihrem Aufbau wenig dazu angekommen, der über und hinausgehenden neuen Probleme Herr zu werden. Die Aufgabe, die heute zu lösen ist, und der alle unsere wirtschaftlichen Organisationen zu dienen haben, ist die, eine Verbilligung der Produktionskosten herbeizuführen.

Heute betont er, handelt es sich nicht mehr, wie meist vor dem Kriege, lediglich darum, die gegenseitige Unterbindung auszuschalten und so den Prozentsatz des Gewinnes zu erhöhen, sondern darum, die Selbstkosten zu vermindern, um auf dem Weltmarkt überhaupt wieder Fuß fassen zu können. Heute wölzt eine Produktionsstufe immer ihre eigenen, steigigen Selbstkosten auf die nächste Stufe ab, ungeachtet der Preissteigerung im Endprodukt. In gleicher Richtung wirken die Steuern, die, wie Kohlen-

in den Modeverlagen beschäftigt. Schon in den letzten Friedensjahren mussten viele Mitglieder den erlernten Beruf aufgeben, und es erscheint möglich, daß nach dem Kriege der Holzschnitt durch die andern graphischen Reproduktionsverfahren ganz verdrängt wird. Während der Verband am 1. Juni 1917 noch über 500 Mitglieder zählte, waren es bei Ausbruch des Krieges nur noch 112, und am 1. Januar 1918 betrug der Mitgliederbestand noch 97. Der Nachwuchs hat ganz aufgehört; schon vor dem Kriege wurden Lehrlinge nicht mehr ausgebildet. Der Verbandsvorstand berichtet in einem Mundschreiben an die Mitglieder die Auffassung, daß der Verband seinen alten Mitgliederbestand nicht mehr annähernd erreichen wird und daher in seiner früheren Tätigkeit der Organisation aufzutreten und das Vermögen der Allgemeinen Krankenkasse und Begründungsstiftung Stuttgart zu überweisen. Nach Beendigung des Krieges soll alsbald eine Konferenz einberufen werden, die hierüber entscheiden soll.

Arbeiterversicherung.

Mitgli ist als Heilmittel von den Krankenkassen anzusehen, hat zulässig das Arbeiterversicherungsamt einzuhören. Damit sind die Krankenkassen auch verpflichtet, die Kosten für die vom Arzte dem Kranken verschriebene Mitglie zu ersehen, dessen sie sich bisher fast immer geweigert hatten. Bereits jetzt nimmt eine Krankenkasse die Bezahlung der Mitglie in solchen Fällen, so sollten sich die betroffenen Kranken auf jenes Urteil des Arbeiterversicherungsamts berufen und sich nicht mit leeren Händen abspeisen lassen.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Arbeitszeit und Arbeitsleistung. Auf Veranlassung der wissenschaftlichen Regierung und bei Arbeitern industrieller Betriebe in sieben Fabriken zwei Jahre lang Untersuchungen über Erneuerungserscheinungen bei längerer und kürzerer Arbeitszeit angeordnet worden. Die ersten beiden Berichte liegen nach „Iron Age“ jetzt vor. Der eine bezieht sich auf eine Fabrik von Verbandsstoffen mit 2000 Arbeitern, der andere auf ein Werk, das Kriegsmaterial herstellt, mit 500 Arbeitern. Die wissenschaftlich durchgeführten Untersuchungen ergaben, daß sich bei Überstunden und bei Nachtarbeiten eine starke Gemütsruhe zeigt, daß sie volkswirtschaftlich unzweckmäßig sind. Auch kurze Erholungspausen hinderten daran nicht viel, besonders bei ungünstigem Gewitterzustand. Verkürzung oder Wegnahme der Ruhepausen überstanden oder Einziehung des Arbeitages verengern letzten Endes die Produktion. Die Verkürzung eines zwölftägigen Arbeitstages auf zehn Stunden bewirkt eine absolute Steigerung der Erzeugung um rund 5 prozent. Bei einer Kolonne von 900 Arbeitern erhöht sich die Durchschnittsleistung bei dieser Verkürzung der Arbeitszeit von 22 auf 276 Stück; dieselbe Kolonne brachte aber bei achtfacher Arbeitszeit nur 500 Stück heraus.

Sozialpolitisches.

Die Lebensmittelverteilung und die Angestellten. Der Rentenverband der Handlungsgesellschaften hat an den Reichsjustiz eine Eingabe gerichtet, in der er sich darüber beschwert, daß die kaufmännischen Angestellten bei der Lebensmittelverteilung gegenüber andern Bevölkerungsschichten benachteiligt werden. Der Verband willigt, es möge eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel dargestellt ein. Dazu ist wieder einmal der Beweis erbracht, daß auch vom Nutzenpunkt aus jede Verlängerung der Arbeitszeit über die sechsstundengrenze hinaus die Produktion nicht fördert, sondern hemmt.

Wechself höhere Kohlenpreise? Die Kohlenpreise sind tatsächlich wieder erhöht worden. Personenreiche Familien trugen dazu bei: die Wohnsteuer, die erhöhten Betriebskosten, dazu aber auch besonders die Sucht, größere Gewinne zu erzielen. Die Reichen schwimmen im Gelde. Sie könnten den Not des Volkes nicht Rechnung tragen und könnten doch dabei noch Kapitalien anstrengen. Aber während andere ihren letzten Spargeschichten längst vergeblich haben oder im Schützengebeten Gesundheit und Leben obern müssen, wollen auch die Reichen neben den andern Menschenunterstützung nicht zulassen. Nur gibt es Kreise, denen diese Zusammenhänge wohl bekannt sind, die aber, wie bei allem, die Scandal wieder auf die Arbeitnehmer werfen. In diesen Kreisen gehört auch die „Deutsche Tageszeitung“. In ihrer Nummer vom 17. August (41) leitete sie eine Rottiz „Zur Erhöhung der Kohlenpreise“ wie folgt ein: „Tatlose Steigerung der Bergarbeiterlöhnne steht bekanntlich eine Erhöhung der Körbelpreise des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhüdels bewor.“ Daz, es eine Folge der Steigerung der Bergarbeiterlöhnne sein soll, wird noch gezeigt gedruckt, wodurch die Tendenz der Rottiz nur noch augenfälliger wird. In der Nummer vom 27. Juli veröffentlichte „Bergknappe“ die Durchschnittslöhne in den verschiedenen Bergbaurevielen für das erste Quartal 1918. Es werden reine Löhne von M 6,67 und M 6,23 im Kohlenbergbau Oberbergischen, M 6,03 und M 6,27 im Salzbergbau des Bezirks Halle und Clausthal, M 6,17 und M 7,18 im Erzbergbau des linken rheinischen und Mansfelder Gebietes und M 9,25 und M 9,57 im Dortmunder Revier verzeichnet. Das ist kein Fehler, die eine Erhöhung der Kohlenpreise rechtfertigen, leicht wenn die Löhne noch wesentlich erhöht werden sollten. Es ist in Aussicht genommen, daß die Zeitschriften nur ehrlich lausam so steigen, daß im zweiten Quartal bis Ende 1918 eine Gesamtsteigerung von

M 1 je Schicht erreicht wird. Dabei wird ausdrücklich betont, daß diese Lohnerschöpfung nur unter der Voraussetzung erfolgt, daß nicht außergewöhnliche Ereignisse, insbesondere Störung durch Waffenmangel, Rückgang der Leistungen und vergleichende eintreten. Der Kleegocausch für Monumentsinteressen weist mit Recht solche tendenziellen Notizen, wie sie in der „Deutschen Tageszeitung“ erscheinen, zurück. Die „Deutsche Tageszeitung“ möchte ja auch gar zu gern die unerhöht hohen Preise für landwirtschaftliche Produkte auf die „hohen Löhne“ zurückführen. Die Tatsachen liegen aber doch so, daß nicht infolge von Lohnerschöpfungen Preiserhöhungen vorgenommen werden müssen, sondern daß die Lohnerschöpfungen eine unabwendbare Folge der Preiserhöhungen sind.

Vom Ausland.

Schwedische und deutsche Gewerkschaften arbeiten zusammen. Gegenüber Versuchen, auch Wissensweitergabe zwischen den organisierten Arbeitern Schwedens und Deutschlands zu erzeugen, erklärte der Vorstand des schwedischen Gewerkschaftsbundes, Reichsabgeordneter Lindquist, der an der in Hopenhagen stattgefundenen skandinavischen Arbeiterkonferenz teilnahm, zu Pressevertretern: „Es bestehen überhaupt keine Gegenden zwischen den schwedischen und deutschen Arbeitern, welche erkennen die schwedischen Arbeiter an, daß die deutschen Arbeiterorganisationen stets bereit gewesen sind, etwa nötige moralische und finanzielle Hilfe zu leisten. Bessere Kameraden als die Deutschen gibt es in der ganzen Welt nicht, wofür wir bei dem großen Arbeitstypus Beweise genug erhalten haben; ohne die deutsche Kameradschaft hätten wir den Kampf nicht solange anhalten können, wie geschehen. Auch die deutschen Arbeiter haben übrigens bei der großen Ausprägung 1899 die gleiche Erfahrung gemacht. Wenn wir in Not waren, hat uns niemals ein kräftiger Handelskrieg der deutschen Arbeiter gefehlt. Wir fahren also fort, das Zusammenwirken mit den deutschen Arbeitern zu festigen. Jeder Arbeiter und Sozialdemokrat in Skandinavien muß in besonderem Maße mit der starken deutschen Arbeiterbewegung rechnen, und daher wünsche ich, daß die alten Beziehungen zu den deutschen Arbeitern nach dem Kriege noch stärker und wärmer werden als vor dem Kriege.“

Verschiedenes.

Wie viele Fachzeitschriften erscheinen in Deutschland? Die hochentwickelte Fachpresse Deutschlands gehört zu den deutschen Einrichtungen, in denen Deutschland führend ist. Wie viele Fachzeitschriften erscheinen eigentlich in Deutschland? Diese Frage hat unlängst Wilhelm Diebner in der Hauptversammlung des Deutschen Verlegervereins bearbeitet, über die das „Wochenblatt für den deutschen Buchhandel“ jetzt Bericht erstattet. Danach bestanden vor dem Kriege in Deutschland 6680 Fachzeitschriften. Ihre Menge war bis dahin dauernd angestiegen: in den neunzig Jahren waren jährlich 122 neue Blätter erschienen, im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts samen durchschnittlich im Jahre 200 dazu, in den Jahren 1911 bis 1914 je 282. Die technischen Zeitschriften stehen dabei ebenau: seit 1890 sind 338 neue Blätter dieses Gebietes erschienen. In dem gleichen Zeitabschnitt von 25 Jahren haben die Blätter auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs 401 Neuerhebungen aufzuweisen, die Rechtswissenschaft 458, Theologie und Philosophie 485, Philologie und Pädagogik 883, Naturwissenschaften und Medizin 351. Die Summe der Unterhaltungs-, Frauen- und Jugendzeitschriften beträgt 840; Land- und Forstwirtschaft weisen 309 neue Fachblätter auf, Kunst und Literatur 181, ebenso viele Sport, und das Militär und die Marine stehen mit 28 neuen Zeitschriften am Ende der Liste.

Mit diesem Meichtum an Fachblättern steht Deutschland an der Spitze aller Kulturstaten. Wie in allen Ländern, sind aus fachwissenschaftlichen Gründen auch in Deutschland manche Zeitschriften eingegangen, und zwar sind 1503 dauernd eingegangen, 1171 vorübergehend; dagegen sind 1819 neu gegründet worden. Gegenwärtig erscheinen demnach 1355 Zeitschriften weniger als im Jahre 1914, was eine vorübergehende Verminderung von fast einem Viertel bedeutet. Wie viele der vorübergehend eingegangenen Blätter nach dem Kriege wieder erscheinen werden, kann man nicht voraus sagen. —

Kriegsgutwelt. Eine Reihe von Städten hat sich verpflichtet, infolge Mangels von Kleingeld sogenanntes Kriegsgutwelt für den Ortsverkehr herauszugeben. Den Ruhm, das eigenartige Kriegsgutwelt auszugeben zu haben, darf das Bezirksamt Wallerburg in Bayern beanspruchen. Auf seinen Münzen sind vier Worte teils untereinander, teils nebeneinander angebracht. „Durch“, „halten“, „aus“ und „Maul“, mit denen man die verschiedensten Zusammensetzungen vornehmen kann, wie „Aushalten“, „Maulhalten“ usw. Auch Bielefeld verfügt über interessantes Notgeld. Da ist ein 10-R.-Schein, der auf der Rückseite eine mächtige Kohlrübe zeigt. In den Kopfbüchern der Rübe steht eingedruckt: „Verbrauch Bielefeld Winter 1918/19 30.000 Rentner“ und daneben der Spruch: „Durchhalten in Not ist Kriegsgebot“. Die Vorderseite ist ein geheimerisches Meisterstück. Es sind darauf die Namen der Ratsmitglieder in Bilderrätselform wiedergegeben. Den Untergrund bilden Preislisten, worin verzeichnet ist, was die Lebensmittel 1870 in Paris und 1917 in Bielefeld kostet haben. Von verbüffender Einlichkeit ist das Kriegsgutwelt der Stadt Lucka i. S. A.; es sind nur kleine runde Papptüte ohne Zierat und Beifwerk. Der Wert richtet sich je nach der Farbe. In Görlitz (Posen) ist ähnliches Geld im Umlauf; nur hat man es hier mit einem schmalen Blechstreifen eingefasst. Wer den daraus befindlichen Polizeistempel nicht sieht, kann diese Papptüchlein für Preisauszeichnungen von Weißwarengeschäften halten. Das Papiergeld von Hattingen ist mit dem Spruch versehen: „An deutschem Geist und deutscher Kraft bricht Englands Gier, trotz Geldesnacht“. Auf den Scheinen der Stadt Herne ist zu lesen: „Durch kommen sie nicht.“ Selbst mit dem Kriegsgeld der Stadt

Grünenhain in Sachsen an. Es ist rund und aus Brechspahn. Die kleinsten Notgeldwerte findet man in Weißwasser, Landsberg und Trebnitz. Dort gibt es 1-R.-Scheine. Jede solche „Note“ ist mit Unterschrift und laufender Nummer versehen. Material und Arbeit dürfen allein einen Pfennig wert sein. Von großer Schönheit sind die 50-R.-Scheine von Augsburg. Auf der einen Seite ist eine Teilansicht der Stadt mit eingerücktem „Lebensmittelschlange“, auf der andern ein sprechender Germane steht. Darunter steht man den Spruch: „Steht unsre Mark im Kurs auch schlecht, das Mark im deutschen Kern ist echt.“ Selbst hat seine Note keine mit der recht zutreffenden Sprachweise versehen: „Siegen oder brechen — siegen oder bleichen.“ Den Niedersachsen ist ein Kriegsnotgeld hat offenbar ein Schal. Note gestanden. Die Rückseite weist nämlich auf der einen Hälfte einen Schinken und auf der andern drei Kohlrüben auf. Über dem Schinken steht ganz klein und verdeckt: „Barde Schnitz, alles Hoffen“, über den Kohlrüben: „So leben wir, so leben wir 1917“. Das Städtegründen in Augsburg hat auf seinen prächtig ausgeführten 10-R.-Scheinen den Spruch: „Der Teufel selber räumt das Feld, wo deutsche Treue Schildwacht hält.“

Literarisches.

Die Glocke. Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Barbus, Schriftleiter: Konrad Haenisch. (Verlag für Sozialwissenschaften G. m. b. H., Berlin SW 68.) Das eben erschienene Heft 26 enthält unter anderen folgende Artikel: M. Beer, Der britische Gewerkschaftskongress; August Minns, Der Volksbund; Dr. Adolf Möller, Nationalpolitische Wandlungen; M. Martina, Bevölkerungsstatistisches aus dem Baltikum; C. Cohn, München. Ist das System Brentano zusammengebrochen? Fritz Heibl, Zur Frage der Nervenlazarette. — Einzelhefte 50 R., vierteljährlich M. 6, bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Probenummern gern losenlos.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. F. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin W 85, Potsdamer Straße 121 b), haben soeben das 21. und 22. Heft ihres 21. Jahrganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Preußische Wahlreform, von Wolfgang Heine, Mitglied des Reichstags. — Englands Kriegswirtschaft gegen Frankreich und Deutschland, von Dr. Ludwig Dusessel, Mitglied des Reichstags. — Die Einheit Englands, von Hermann Krämer. — Wiederauf, Karer Mond, von Walt Whitman, übertragen von Max Bahet. — Vollmar, von Max Schippel. — Die russische Westkette, von Dr. Adolf Behne. — Eintrücke aus Kowno, von Bruno Taub. — Die tolle Lotte, von Hermann Essig. — Gemeinwirtschaft, von Edmund Fischer, Mitglied des Reichstags. — Das kommunale Frauenwahlrecht, von Dr. Hugo Lindemann, Mitglied des Landtags. — Marxliteratur, von Dr. Conrad Schmidt. — Berliner Ausstellungen, von Bischoff Stern. — Die Landwirtschaft im Krieg, von Konrad Adelmann, und anderes mehr. Als Beilage bringt das Heft ein Bild Georg von Vollmars aus den siebziger Jahren.

Der Preis dieses verstärkten Heftes beträgt M 1,20 (Kost 90 R.), der eines Viertaljahrabonnements M 5,40. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in den Kiosken und Bahnhöfen, bei allen Kioskanten, durch jede Postanstalt, sowie direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Berlin W 85. Man verlange vom Verlag ein Heft zur Ansicht.

Kriegssteuergesetz 1918. Inhalt: Außerordentliche Kriegsabgabe der Einzelpersonen und Gesellschaften. — Umlaufsteuer und Luxussteuer. — Steuerbefreiung. — Errichtung eines Reichsfinanzhofes. — Neuer Posttarif. — Neuer Wechselstempeltarif. Verlag von L. Schwarz & Co., Berlin S. 14, Dresdener Straße 80. Preis M 1,40.

Von den neuen Steuergesetzen wird jeder Steuerzahler betroffen. Besonders bemerkenswert sind die Luxussteuer und die weiter ausgedehnte und erhöhte Umlaufsteuer mit der Buchführungspflicht selbst für den kleinen Gewerbetreibenden. Völlig neu ist für Einzelpersonen und Gesellschaften die Abgabepflicht vom Mehrinkommen, das heißt dem Unterschied zwischen dem Einkommen und dem Kriegseinkommen, ferner die Abgabepflicht vom Vermögen für das Rechnungsjahr 1918. — Der neue Posttarif, gültig ab 1. Oktober 1918, und der neue Wechselstempeltarif, gültig ab 1. August 1918, sind ebenfalls aufgenommen. Das handliche Büchlein ist jedem Steuerzahler, der sich vor Schaden schützen will, als nützlich zu empfehlen.

Sterbetafel.

Gotha. Am 10. September schied unser Mitglied, der Kollege Ernst Bäcker aus Hohenkirchen, im Alter von 58 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Chre seinem Andenken!

Vereinstafel.

Bericht der Hauptklasse vom 23. bis 28. September. Eingesandt haben: Neumünster M 70, Düsseldorf 200, Berlin 80, Wilhelmshaven 300, Lübeck 250, Danzig 300, Kolberg 40, Würzburg 400, Liegnitz 75, Potsdam 50, Stralsund 50.

Die Woche vom 6. bis 12. Oktober ist die 41. Beitragswoche. S. Wenker, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 38 des „Correspondenzblattes“ bei.